

# Kommunen und Wirtschaft zum Bildungsstandort Deutschland

## Gemeinsame Stellungnahme von Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Deutschem Städte- und Gemeindebund (DStGB) zur Bildungspolitik

Bildung ist die entscheidende Zukunftsfrage für unsere Gesellschaft. Nur mit besserer Bildung kann Deutschland die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und die Herausforderungen des demografischen Wandels meistern. Gute Bildungspolitik ist der beste Weg zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland.

BDA und DStGB sind sich einig, dass zu den zentralen Herausforderungen der Bildungspolitik in Deutschland die

- qualitative Verbesserung der Kindertageseinrichtungen als Ort frühkindlicher Bildung einschließlich der Sprachförderung,
- die bessere Vernetzung von Grundschulen und Kindertageseinrichtungen sowie
- der Ausbau eines bedarfsgerechten Ganztagschulangebotes

gehören.

Den Kommunen kommt eine Schlüsselrolle für den Bildungsstandort zu. Kommunen kennen die Situation, die Angebote und Bedarfe am besten. Mit ihrem Engagement vor Ort leisten sie einen entscheidenden Beitrag sowohl zur Qualitätsverbesserung im Bildungssystem als auch zur Attraktivität des Standortes für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Kommunen tragen zur Vernetzung der lokalen Akteure bei.

Auch die Wirtschaft, die auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen ist, bringt sich vor Ort ein, sei es in der Kooperation mit Schulen und der Berufsvorbereitung, sei es bei der Unterstützung von Kindertageseinrichtungen. Gemeinsam betonen BDA und DStGB daher:

### 1 Finanzierung sichern

Die notwendige Verbesserung des Bildungsstandortes Deutschland muss dauerhaft finanziert werden. Investitionen in die Bildung sind effizienter

und zielführender als die Steigerung von Transferleistungen an die Eltern. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung und der Ganztagschulen ist wichtiger und effektiver als jede Kindergelderhöhung oder die Einführung des Betreuungsgeldes. Investitionen in Bildung haben auch Vorrang vor Steuerentlastungen.

### 2 Eltern am Bildungsprozess beteiligen

Die öffentliche Bildung kann und soll die Familie nicht ersetzen, sie soll deren Rolle aber unterstützen. Eltern haben nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Kindergärten und Schulen sollten mit den Eltern konkrete Erziehungsvereinbarungen schließen, in denen diese sich zur Unterstützung ihrer Kinder und ihres Bildungserfolgs verpflichten. Umgekehrt müssen Eltern kontinuierlich über die Leistungen und Verhaltensweisen ihrer Kinder informiert werden und Möglichkeiten haben, sich an der Konzeption der Einrichtung zu beteiligen.

### 3 Fundamentale Bedeutung der frühkindlichen Bildung

Die frühkindliche Bildung hat grundlegende Bedeutung für das gesamte Bildungssystem wie für die Gesellschafts- und Sozialpolitik. Wir halten daher den Ausbau der Bildungsanteile in den Tageseinrichtungen für Kinder im gesamten Vorschulbereich für essentiell. Die Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern muss diesem neuen Verständnis der frühkindlichen Bildung Rechnung tragen und insbesondere eine aktive Sprachförderung der Kinder beinhalten. Die Kooperation von Kindertageseinrichtung und Grundschule ist auszubauen und in ländlichen Regionen die Zusammenführung in „Bildungshäusern“ für Kinder von drei bis zehn Jahren zu prüfen. Die Bundesländer, die bislang den Kommunen noch nicht die mit dem Kinderförderungsgesetz zugesagten Finanzmittel

für den Betreuungsausbau zur Verfügung gestellt haben, müssen dies endlich umsetzen. Die örtliche Wirtschaft bringt sich zum Beispiel durch den Ausbau von Betriebskindergärten oder die Beteiligung an bestehenden Einrichtungen ein.

#### 4 Kommunale Bildungslandschaften ausbauen

Bildungsförderung bedeutet nicht allein die Erweiterung kognitiven Wissens, sondern schließt die sozial-emotionale Persönlichkeitsbildung mit ein. Zu diesem Zweck sollte vor Ort das partnerschaftliche Miteinander von Schule, Kindertageseinrichtung, Kinder- und Jugendhilfe, Kultureinrichtungen und Sport in kommunalen Bildungslandschaften verstärkt werden. Die Wirtschaft vor Ort beteiligt sich an diesen kommunalen Bildungslandschaften zum Beispiel durch Praktika oder direkte Kooperation mit Schulen, um Schülerinnen und Schüler auf Ausbildungsberufe hinzuweisen und Einblicke in die berufliche Praxis zu geben.

#### 5 Selbstständigkeit der Schule stärken

Mehr Selbstständigkeit von Schulen ist entscheidend, um eigene Profile zu entwickeln, Handlungsfähigkeit zu gewinnen und gezielter auf die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler eingehen zu können. Die Länder müssen den Schulen größere Gestaltungsspielräume bei der Profilbildung einräumen. Dies schließt Personalverantwortung ein. Der Ausbau der Ganztagschulen muss weiter vorangetrieben werden; sie sollen Schüler nicht nur „verwahren“, sondern einen Ganztagsrhythmus des Lernens, Übens und Erholens vorsehen.

#### 6 Informations- und Kommunikationstechnologie in Schulen nutzen

Schülerinnen und Schüler müssen die modernen Informations- und Kommunikationstechniken beherrschen, brauchen Lern- und Medienkompetenz. Dazu gehört neben einer IT-Ausstattung der Schulen auch eine entsprechende Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Verschiedene Lernorte der Stadt sollten über Bildungs-Clouds miteinander vernetzt werden. Schülerinnen und Schüler haben so zum Beispiel die Möglichkeit, eigene Lerngruppen zu bilden.

#### 7 Übergang Schule – Ausbildung

Der Übergang von der Schule in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist für zu viele Jugendliche nach wie vor problematisch. Sie brauchen dabei gezieltere und passgenauere Unterstützung und Begleitung. Aus den vielen Umwegen oder manchmal sogar Sackgassen müssen möglichst direkte Zugangswege in Ausbildung werden. Die Vorbereitung der jungen Menschen muss spätestens ab Klasse 7 in der Schule einsetzen – mit individueller Förderung auf Basis einer frühzeitigen Potenzialanalyse. Ziel ist die Sicherung der Ausbildungsreife und eine umfassende Berufsorientierung für eine bewusste Berufswahl. Die Wirtschaft und ihre Verbände bieten dazu Informationen, Praktikumsplätze und transparente Ausbildungsangebote an. Zum anderen müssen Förderangebote möglichst praxisnah und zudem passgenau zugeschnitten sein, damit sie bei den Jugendlichen tatsächlich Schwächen ausgleichen und Stärken ausbauen. Insgesamt muss eine regionale Koordinierung und Steuerung vorgenommen werden, die Transparenz schafft und Anschlussfähigkeit sicherstellt. Eine Basis für diese Koordinierung kann der von der Bundesagentur für Arbeit entwickelte Arbeitsmarktmonitor sein, der wichtige strukturelle Daten und Informationen gerade auch für den Übergang Schule – Beruf zur Verfügung stellt (zum Beispiel zu Schulabbrüchen) und damit eine wesentliche Voraussetzung für passgenaue Lösungsansätze schafft. Der Arbeitsmarktmonitor bietet eine Kommunikationsplattform für die Akteure vor Ort und unterstützt diese, auf die regionalen Anforderungen zugeschnittene Handlungsansätze zu entwickeln.

20. Dezember 2011



**BDA** | Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände  
Breite Straße 29 · 10178 Berlin  
**T** +49 30 2033-1500  
**F** +49 30 2033-1505  
bildung@arbeitgeber.de  
www.arbeitgeber.de



Marienstraße 6 · 12207 Berlin  
**T** +49 30 773 07-0  
**F** +49 30 773 07-200  
dstgb@dstgb.de  
www.dstgb.de